

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 39 (1945)  
**Heft:** 11  
  
**Rubrik:** Zur schweizerischen Lage

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 29.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zur schweizerischen Lage

6. November 1945.

Das schweizerische Vordergrundsthema bleibt, ob das auch einigen Leuten langweilig vorkommt, denen das Neue und Interessante wichtiger ist als das Wahre und Notwendige, Paftete wichtiger als Brot, die neue Einordnung der Schweiz in das sich erneuernde Völkerleben, mit dem Problem der Existenz und Zukunft einer lebendigen und ihrer Berufung entsprechenden Schweiz im Hintergrund. Daß dieses Thema immer stärker die Gemüter bewegt und in dieser Beziehung ein gewisses Erwachen stattfindet, wenn auch ein langfames und vorerst nur sporadisches, scheint mir unbestreitbar. Die Frage ist bloß, ob es nicht allzu langsam vor sich geht und dadurch zu spät kommt.

Der Bundesrat hat, dieser Entwicklung nachgebend, nun jene so genannte *Expertenkommission* gewählt, welche das ganze Problem für die Entschließung des Bundesrates und die Verhandlungen der Bundesversammlung vorbereiten soll. Sie soll auch den Schein erregen, daß der Bundesrat sich in demokratischer Weise auf die Meinung unseres Volkes stützen wolle. Aber das ist, wie so Vieles unter uns, unwahr. Denn die Wahl der Mitglieder dieser zwanzigköpfigen Expertenkommission ist durch den Bundesrat selber erfolgt, und er hat sie so getroffen, wie ich es in meiner letzten Erörterung der schweizerischen Lage vorausgesagt habe: er hat halt fast ausnahmslos Persönlichkeiten ausgewählt, von denen er sicher sein kann, daß sie auf den offiziellen Kreidestrich gebannt sein werden. Ich habe auf dieser Liste einen einzigen Mann entdeckt, von dem eine Opposition zu erwarten ist, Nationalrat Albert Maag-Socin, den Präsidenten der demokratischen Partei, die man nicht gut weglassen konnte, und der als einer unter zwanzig das Spiel ja nicht verderben kann.

Für den Geist, in dem diese gesiebte Auswahl getroffen worden ist, und für das ganze System, das uns gemäßigt diktatorisch beherrscht, ist eine Tatsache kennzeichnend: die radikale Friedensbewegung, die in der Organisation des RUP (Rassemblement Universel pour la Paix = Weltaktion für den Frieden) zusammengeschlossen ist, hatte ausdrücklich verlangt, daß auch sie in dieser Kommission vertreten sei. Es wurde ihr geantwortet, daß man der Völkerbundsvereinigung, die ja die gleichen Ziele erstrebe, eine Vertretung gewähren werde. Das ist für jeden Kenner der Sachlage ein Hohn. Denn zwischen der (einige nicht zur Geltung kommende Ausnahmen, wie etwa Prof. Egger, abgerechnet) völlig gouvernemental eingestellten Völkerbundsvereinigung und der Leitung des RUP besteht seit langem ein scharfer Gegensatz. Dabei ist zweierlei Tatsache: Die Haltung des RUP ist keineswegs überradikal oder „extremistisch“. Sein Programm: „Die Schweiz im Kampf

um den Frieden“ (das ich abermals sehr empfehlen möchte)<sup>1)</sup> enthält das Minimum dessen, was eine schweizerische Friedensbewegung, die diesen Namen verdient, aussprechen und fordern muß. Sodann: diese Arbeitsgemeinschaft hat in den vergangenen Jahren als Ganzes und in ihrer einzelnen Teilorganisation einzig etwas Ernsthaftes getan. Sie hat allein der Sache des Friedens und im Zusammenhang damit der Lage und Zukunft der Schweiz eine entschlossene und gründliche Arbeit gewidmet. Sie hat früh die Probleme herausgearbeitet und geklärt, deren Bedeutung jetzt nach und nach sogar unserer Offizialität aufgeht. Aber gerade sie wird ignoriert, weil man fürchtet, daß sie die offiziellen Zirkel stören könnte. Sie repräsentiert ihrer Haltung und Gesinnung nach einen großen Teil unseres Volkes, aber dieser Teil existiert für die Berechnungen unserer Regenten und Diktatoren nicht.<sup>2)</sup>

Damit aber tritt bloß eine Tatsache wieder ans Licht, die schon lange besteht: *Wir sind Ausgebürgerte* — wir Vertreter einer ernsthaften Opposition gegen das herrschende System. Wir zählen nicht. Wir dürfen wohl Steuern zahlen und Militärdienst tun (wehe, wenn wir ihn verweigern!), aber alles, was wir im Dienste der Schweiz geleistet haben und leisten, wird ignoriert, oder auch (das gilt für die Zeit der Militärdiktatur) nach Möglichkeit verhindert. Nirgends werden wir zur Mitarbeit zugezogen, auch da nicht, wo wir im höchsten Grade kompetent wären. Ich sage das nicht im Sinne einer *oratio pro domo*. Ich selbst käme ja nicht mehr in Betracht und begehre nicht noch mehr Arbeit, als ich habe — im Gegenteil viel weniger! —, aber ich stelle eine Tatsache fest, die eine Schande mehr für unser Land und Volk ist und ihm zum schwersten Schaden gereicht. Denn nichts hat die heutige Schweiz nötiger, als eine ernsthafte und lauter gesinnte Opposition.

Eine Begleitmusik zu diesem Verhalten des Bundesrates, speziell des Auswärtigen Amtes, bildete der *Parteitag der Freisinnigen*, der kürzlich in Basel stattfand. Es sei nebenbei erwähnt — das gehört ja auch dazu —, daß der Hauptreferent über die Lage der Schweiz, wie sie sich in der Rückschau auf die Kriegszeit darstelle, *Brettscher*, Chefredaktor der „Neuen Zürcher Zeitung“, wieder einmal das Lied von der makellosen Bewahrung der Neutralität und demokratischen Unabhängigkeit der Schweiz während der Kriegszeit anstimmte und sich mit Empörung gegen den Vorwurf der „faschistischen Politik“ wandte, die sie getrieben habe. Dazu ist zweierlei zu bemerken. Einmal: Man muß sich darüber klar sein, was das Schlagwort „profaschistisch“ im Munde derer bedeutet, die diesen Vorwurf erheben. Es ist der Stil der

<sup>1)</sup> Es ist in der „Pazifistischen Bücherstube“ (Gartenhofstraße 7, Zürich 4) für 50 Rappen zu haben.

<sup>2)</sup> Es sind dem RUP. zwanzig größere und kleinere Organisationen angegeschlossen.

Kommunisten, daß sie den Nationalsozialismus und den Faschismus im engeren Sinne unter dem Begriff des Faschismus zusammenfassen und auch die ganze Reaktion dazunehmen. Ich halte persönlich diese Abkürzung nicht für richtig, sondern unterscheide konsequent zwischen dem Faschismus mit der Absolutierung (oder Vergottung) des *Staates* und dem Nationalsozialismus mit der Absolutierung (oder Vergottung) des *Volkes*. Aber man muß loyalerweise den Vorwurf des „Profafachismus“ so verstehen, wie er gemeint ist, wenn man ihn widerlegen will. Welcher Ehrliche kann dann leugnen, daß die offizielle Politik der Schweiz während einer ganzen Periode gut „profafachistisch“ gewesen ist? Es ist sodann besonders interessant, daß gerade der Chefredaktor der „Neuen Zürcher Zeitung“ das zu leugnen wagt. Weiß er denn gar nichts mehr davon, wie die „Neue Zürcher Zeitung“, die in allem Wesentlichen stets die offizielle und gouvernementale Linie der schweizerischen Politik repräsentiert, in Verherrlichung Mussolinis gemacht hat, solange das möglich war und jener für den Geldsack eine Verheißung zu bedeuten schien? Wie lange noch wird man sich noch solches Vergessen erlauben dürfen?

Es hat dann der Chef des Auswärtigen, Bundesrat *Petit-Pierre*, selbst das Wort ergriffen, um sich besonders auch über die Frage des Anschlusses an die Weltföderation und das Problem der Neutralität zu äußern. Er hat in dieser Beziehung zwei Behauptungen getan, die man unter die Lupe nehmen muß. Er hat für die Beibehaltung der Neutralität, und zwar natürlich der „integralen“ und „bewaffneten“, den Ladenhüter vorgeführt, daß sie allein der Schweiz erlaube, im Falle eines Krieges alle jene Dienste zu leisten, die man mit dem Stichwort „Rotkreuz“ bezeichnen kann. Er hat aber, als bisher meines Wissens noch nie vorgebrachtes Argument, hinzugefügt, diese Art von Neutralität der Schweiz sei seit 1815 ein Bestandteil des Völkerrechtes und dieses für uns verbindlich.

Was ist zu diesen beiden Behauptungen zu sagen?

Zur ersten ist zu sagen, was ich schon im vorletzten Hefte ausgeführt habe: Sie rechnet mit einer völlig fiktiven Lage. Wenn es zu einem neuen Weltkrieg käme, der nach menschlichem Ermessen nur einer zwischen den Angelsachsen und Rußland sein könnte, was bedeutete er für die Welt und für die Schweiz — was bedeutete er im Zeichen der Atombombe? Doch ganz sicher — darüber kann es bei Verständigen und Ehrlichen gar keinen Zweifel geben — den Untergang Europas und der Schweiz in einer blutigen Hölle. Wie könnte da noch von Rotkreuzarbeit und ähnlichem die Rede sein? Wie könnte die Schweiz durch Neutralität vor dem allgemeinen Schicksal Europas (und sogar der Welt) bewahrt werden?

Es ist verhängnisvoll, wenn man, und dies im Namen einer sogenannten Realpolitik gegen Utopie und Schwärmerei, sich in der Fik-

tion einer Lage bewegt, die vollkommen verschwunden ist, sich im utopischen Bilde einer Vergangenheit verliert, in der die Schweiz, Gewehr bei Fuß, dabei viel Geld verdienend, in den Weltbrand schauen durfte, und meint, diese Lage würde zum dritten Male wiederkehren, wenn wir nur das Zaubermittel unserer Neutralität bewahrten. Zu dieser Utopie gehört auch die Meinung, daß die neutrale Schweiz als „Hüterin der Alpenpässe“ eine wichtige Rolle zu spielen hätte. Abgesehen davon, daß dafür keine Neutralität nötig wäre und daß andere diese Hut wohl viel besser besorgen könnten als die Schweiz — was in aller Welt hätten in der neuen Lage diese Alpenpässe noch militärisch und politisch zu bedeuten? Wollen wir denn wirklich fortfahren, uns mit Fiktionen und Phantomen zu nähren?

Noch fast haltloser aber ist das Argument von der Neutralität der Schweiz als eines Bestandteiles des Völkerrechtes. Kennt denn Bundesrat Petit-Pierre als Jurist nicht das alte Rechtsprinzip, daß Verträge nur gelten unter der Bedingung des *Rebus sic stantibus*, das heißt solange die Bedingungen, unter denen sie entstanden sind, andauern? Die Bedingungen, unter denen die „ewige Neutralität“ der Schweiz entstanden ist, sind aber ebenso verschwunden wie die Bedingungen, unter denen einst der „ewige Bund“ mit Frankreich entstanden war. Die Weltföderation hebt selbstverständlich die Neutralität auf. Jene Mächte, welche einst der Schweiz die Neutralität verbürgten (ein Teil von ihnen existiert übrigens nicht mehr), werden schwerlich Lust haben, eine Schweiz, welche die sehr viel solidere, ihr durch die Teilnahme an der Welt-Sicherheitsorganisation angebotene Garantie ihrer Unabhängigkeit verschmäht, außerhalb derselben eine solche zu leisten. Uebrigens haben sie schon bei der Gründung des ersten Völkerbundes der Schweiz nur sehr ungern die Neutralität gewährt, und zwar nicht eine „integrale“, sondern bloß eine „differenzierte“, und damit gezeigt, daß es ihnen zuletzt in den Sinn käme, dagegen zu reklamieren, wenn die Schweiz diese einstige Neutralität aufgäbe.

Es ist erschreckend, zu beobachten, auf was für unsolide, weit hergeholt Argumente die offiziellen Leiter der schweizerischen Geschicke sich stützen, um der Wahrheit und Wirklichkeit zu entgehen.<sup>1)</sup>

Es ist ganz klar, wohin unsre offizielle Politik steuert: Man sieht ein, daß wir, besonders aus wirtschaftlichen Gründen, um den Anschluß an die neue Weltföderation nicht herumkommen, aber man möchte mit dem ganzen Neutralitätsgepäck durch deren Tore einziehen, vor allem und vor allem mit der „bewaffneten“ Neutralität. Denn die Erhaltung

<sup>1)</sup> Eine solche weithergeholt und übrigens ebenso haltlose Begründung für die Beibehaltung unserer Neutralität gibt Dr. Gaffer in der „Nationalzeitung“ zum besten, indem er das Vetorecht der fünf Großmächte im Sicherheitsrat des neuen Völkerbundes als „Neutralität“ bezeichnet, was doch nichts ist als eine künstliche Verdrehung des Sachverhaltes zugunsten unseres schweizerischen Götzen. Aber ihr Autor wird über seinen Fund nicht wenig erbaut sein.

der Armee und, wenn möglich die Verstärkung unseres ganzen Militärsystems, ist das zwar unausgesprochene, aber stärkste Motiv des Kampfes gegen die Preisgabe der ganz wertlos und sinnlos gewordenen Neutralität.

Aber ob man uns erlauben wird, dieses Gepäck mitzubringen? Es ist wenig wahrscheinlich. Und dann? Wie stehen wir dann da? Werden wir isoliert bleiben und in dieser Isolierung zugrundegehen oder halt gedemütigt ohne jenes Gepäck doch um Einlaß bitten?

Wozu ich noch eins bemerke: Viele Schweizer fürchten, daß im Falle des Beitritts zu dem neuen Völkerbunde schweizerische Soldaten genötigt wären, in einen Krieg einzugreifen und Partei zu nehmen, worvor uns die Neutralität schützte. Aber auch das ist Denken von einem ganz überholten Standpunkt aus. Abgesehen davon, wie wenig wahrscheinlich es ist, daß die Föderation von uns militärische Mitwirkung verlangte — die wird man uns gewiß gerne erlassen, sie ist ja von vornherein Sache der Großmächte — kann es ja auf Grund des neuen Paktes einen Völkerbundskrieg gegen eine der Großmächte gar nicht geben, ein anderer aber kommt erst recht nicht in Betracht, und erforderte, wenn er doch käme, sicher nicht die Mitwirkung der Schweiz.

Kurz, es bleibt immer nur das Eine übrig: Jene Ueberwindung des Krieges, für welche, soweit Politik in Frage kommt, die Schaffung einer Weltföderation des Rechtes und Friedens entscheidend ist. *Dafür* einzutreten und dazu durch unseren Anschluß an die neue Eidgenossenschaft der Völker mitzuwirken, ist jetzt, auf *dieser* Linie, die einzige Verteidigung der Schweiz, welche Sinn und Verheißung hat, jeder andere Weg aber einer in Verderben und Untergang.<sup>1)</sup>

\* \* \*

Vor dieser sonnenklaren Wahrheit verschließt unsfer in der Aera Wille-Hoffmann entstandener Duodez-Militarismus mit Erbitterung die Augen. Er ist entschlossen, nicht nur die Armee beizubehalten, sondern auch die Militarisierung der Schweiz, die das Offiziersbuch proklamiert und die von keiner Instanz dementiert worden ist, fortzusetzen. Das soll freilich mit etwas größerer Vorsicht geschehen, als das Pronunciamiento des Obersten Holliger bewiesen hat. Aber man scheut sich doch nicht, mit Maßregeln und Forderungen herauszutreten, welche jedem Friedensglauben ins Gesicht schlagen. Man unterläßt zwar für das Jahr 1946 die Wiederholungskurse, um die militärfreundliche Stimmung des Volkes (die man voraussetzt) nicht zu stören, aber für 1947 will man sie „*unter allen Umständen*“ wieder aufnehmen — unter

<sup>1)</sup> Eine eingehende, alle wesentlichen Seiten des Problems berücksichtigende Behandlung des ganzen *Neutralitätsproblems* bietet die von der „Zentralstelle für Friedensarbeit“ herausgegebene Flugschrift: „*Neutralität oder Solidarität?*“, die von der Pazifistischen Bücherstube“ (Gartenhofstraße 7, Zürich 4) zu beziehen ist. (Preis 25 Rappen.)

allen Umständen, also auch, wenn inzwischen die Sache des Friedens große und deutliche Fortschritte gemacht hätte. Denn an diese Sache glaubt man ja nicht und will man nicht glauben. Aber es wird dafür gesorgt, daß auch in dieser „Schaltpause“ die Militarierung nicht zu kurz kommt. Und der Schießkultus, der praktisch mehr bedeutet als der „Gottesdienst“ unserer Kirchen, wird mit Eifer weiter gepflegt. Ebenso der erschlichene militärische Vorunterricht. Von „Haus und Heer“ aus wird eine Organisation für „nationale Erziehung“ gegründet, die ohne Zweifel eine Erziehung zum Militärpatriotismus sein soll. Und endlich tritt man mit einem Militärbudget für 1946 (also das Jahr ohne Wiederholungskurse) hervor, das nominell 265 Millionen Franken beträgt, aber mit den wahrscheinlichen Nachträgen und mit den ebenso wahrscheinlichen verdeckten, in andern Rubriken des allgemeinen Budgets untergebrachten Posten wohl auf mindestens 300 Millionen ansteigen wird.<sup>1)</sup> Diese nicht nur wertlosen und sinnlosen, sondern schädlichen, ja verderblichen Ausgaben betragen dreimal die 100 Millionen, die man vorläufig für die Alten ausgeben will. Und nun schlage man die Bibel auf und erfahre, was diese über eine solche Proportion denkt. Dann bedenke man, daß dieses Militärbudget bei einem Vollbetrieb der Militärmaschinerie bald auf 400 und mehr Millionen ansteigen müßte, und frage sich, was dann für die soziale Fürsorge übrig bleibt. Aber auch ganz abgesehen davon: *dieses gesteigerte Militärbudget nach den Weltkriegen und nach der Gründung des neuen Völkerbundes ist eine direkte Herausforderung der ewigen Mächte.*<sup>2)</sup>

Nochmals: Es gibt nur eine Verteidigung der Schweiz (auf dieser politischen Linie): die Ueberwindung des Krieges und die Aufhebung der Heere.

Besonders weit geht wieder in der Verkennung unserer Lage unser Kriegsminister *Kobelt*, der offenbar den Wortsinn seines Amtes: „Dienner des Krieges“ zu sein, rechtfertigen will. Er warnt in einer Bankettsrede des freisinnigen Parteitages davor, daß wir etwa unser Militärwesen vernachlässigen wollten. Denn es drohten uns immer noch Gefahren. Das ist so der übliche Popanz, mit dem man uns erschrecken und unser Militärsystem retten will, trotzdem es allen Sinn verloren hat. Ich frage: Welche Gefahren sind das wohl? Es kann nur zweierlei gemeint sein: Jener neue Weltkrieg, der der Angelsachsen gegen Russland (an dem wohl viele unserer Reaktionäre Freude hätten) oder revo-

<sup>1)</sup> Das hat sich als Irrtum erwiesen. Man hat anfänglich wohl von 265 Millionen geredet, wahrscheinlich, um nicht kopfscheu zu machen, aber nun gibt man zu, daß es fast eine Milliarde (950 Millionen) beträgt, also zehnmal mehr als die Altersrenten.

<sup>2)</sup> Die Schweizerische Offiziersgesellschaft hat neuerdings die Pflicht zur militärischen Rüstung durch eine Erklärung akzentuieren zu sollen für nötig gehalten. Sie ist immerhin etwas zurückhaltender im Tone, als das noch vor kurzem der Fall gewesen wäre und will sogar freie Diskussion der „Armeereform“ nicht ablehnen.

lutionäre Zuckungen in Deutschland, welche etwa Wellen über unsere Grenzen zu werfen drohten. Im zweiten Falle genügte zur Abwehr ein etwas erweitertes Polizeikorps, gegen das auch wir nichts einwenden (vgl. „Der Kampf der Schweiz um den Frieden“ (S. 21 ff.), im ersten aber rettete uns wahrhaftig unser Heer nicht vor dem schweizerischen Untergang im allgemeinen Untergang Europas und der Welt.

Die Tatsache der *Atombombe* ist an diesem Parteitag unseres herrschenden Systems ebenso hartnäckig ignoriert worden wie an dem der Katholisch-Konservativen.

Noch einmal: Es bleibt für jeden, der nachdenken kann und will, nur ein Entweder — Oder übrig: Entweder Abschaffung des Krieges und des Militärs (im bisherigen Sinne) oder sicherer Untergang in einer neuen und endgültigen Weltkatastrophe.<sup>1)</sup>

\* \* \*

---

<sup>1)</sup> Inzwischen ist unser von einer Demonstration zur andern reisender Ex-General wieder mit einer neuen, der am Zürcher Knabenschießen gleichgearteten, Aeußerung hervorgetreten. Bei Anlaß einer Feier für unsere während des Aktiv- (oder auch Nicht-Aktiv-) Dienstes verstorbenen Soldaten (eine solche Feier müssen wir natürlich auch haben — wird auch der „unbekannte Soldat“ drankommen?) hat zwar Guisan erklärt: „Auch heute noch müssen wir wachsam und bereit sein. Die Schweiz muß eine starke, kriegsgeübte (!) Landesverteidigung bewahren. Niemand weiß, was morgen sein wird.“

Zur Beruhigung wirtschaftlich-sozialer Bedenken fügt er hinzu: „Nachdem wir verschont geblieben sind, wollen wir uns eine bessere soziale Gerechtigkeit geben, die verschiedenen Interessen besser in Einklang (!) bringen.“

Dazu ist Zweierlei festzustellen.

Einmal: Wieder weiß Herr Guisan nichts davon, wer in Wirklichkeit die Schweiz gerettet hat; er und die Armee haben es getan, ganz allein!

Sodann: Die Tatsache der *Atombombe* scheint er ebenfalls nicht zu kennen.

Schließlich äußert er den Wunsch, daß die Soldaten des Aktivdienstes, sich auch im Frieden als die Elite des Volkes bewähren möchten.

Dieser Wunsch grenzt schon ganz nahe an den „totalen Soldaten“ des Obersten Däniker und des Berner Professors Schuhmacher. Was in aller Welt sollte die Soldaten zu Elitebürgern und das heißt Elitemenschen gemacht haben? Etwas das Strammstehen?

Zu den andern Erklärungen aber ist zu bemerken:

Was die „soziale Gerechtigkeit“ in einer Schweiz, die nach dem Guisan gewidmeten und von ihm angenommenen Offiziersbuche verwaltet würde, bedeutete, kann sich jeder an den Fingern abzählen. Der Satz: „Niemand weiß, was morgen sein wird“, ist entweder eine Banalität, mit der man nichts und alles anfangen kann, oder es ist jener anglo-russische Krieg gemeint, mit der unsere Reaktion rechnet und auf den sie hofft. Zur Reaktion aber gehört Guisan noch feiner ganzen Herkunft und Vergangenheit. Eine gewisse patriarchalische Volkstümlichkeit widerspricht dem nicht.

Auf diese Tatsache dürften die sozialistischen Verehrer Guisans etwas mehr achten. Das Eingreifen Guisans zugunsten des Obersten Masson ist doch wohl eine Aufforderung, gewisse Hintergründe unseres Militarismus gehörig aufzuhellen. Es könnte sich da leicht ein sehr gefährlicher *Mythus* gebildet haben.

Die Einsicht in diesen Sachverhalt wächst, wie ich schon angedeutet habe, auch in der Schweiz. Die Aktien der *Friedensbewegung* steigen wieder. Und nun drehen sogar viele Herolde des Militärpatriotismus, die in diesen vergangenen Jahren in dessen Dienst ihre Trompeten bliesen, den Mantel nach diesem neuen Friedenswind und entlocken ihrem Instrument, so gut es gehen will, Friedenstöne. Aber da sind wir nun Zeugen einer neuen Erbärmlichkeit. Wenn man nun im Zeichen der neuen Konjunktur Fürsprecher der Sache des Friedens wird, so tut man das nicht ohne einen verächtlichen Fußtritt für die „Pazifisten“, um von den „Antimilitaristen“, diesen traurigen Menschen, die radikal für den Frieden und gegen den Krieg sind, zu schweigen. Man kann sie nicht dumm genug darstellen. Es ist selbstverständlich, daß ihre Stellung aus Oberflächlichkeit, falschem Optimismus oder weltfremder Schwärzmerei entstanden ist. Selber ist man natürlich ungleich tiefer. Man geht so tief, daß man beileibe nicht ein Wörtlein gegen unsere schweizerische Militärherrlichkeit oder gar gegen die „bewaffnete“ Neutralität zu äußern wagte. Man zeigt mit großer Deutlichkeit, daß von dieser tieferen Friedensbewegung niemand etwas Ernstliches zu befürchten hätte. Auch im milderen Falle betrachtet man diejenigen, welche in dieser Sache gedacht, gearbeitet, gekämpft und ihre Haut zu Markte getragen haben, als „belastet“. Sie selbst, die freilich sehr Unbelasteten, werden es nun machen; sie sind die wahren Streiter des Friedens, indem sie ihre Schwerter schön mit Watte umwickeln; sie werden die Kunst üben, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

Ein Muster dieses Verhaltens hat die kürzlich in St. Gallen stattgefundene *Versammlung des schweizerischen Lehrervereins* geleistet. Ihre durch und durch militärfromme und gouvernementeale Leitung (welche von ferne nicht die Gesinnung eines großen und wertvollen Teiles der Lehrerschaft repräsentiert) hielt es offenbar für angezeigt, daß im Angesicht der Sachlage und Volksstimmung eine Friedensgebärde gemacht werde. Sie berief zu diesem Zwecke einen Referenten, von dem sie sicher zu sein glaubte, daß die Sache durch ihn nicht gefährlich werde. Und diese Aufgabe hat *Professor Thürer* von der St. Galler Handelshochschule offenbar so gelöst, wie es dieser Absicht entsprach.<sup>1)</sup> Sein immer neu in rhetorische Floskeln eingehülltes und mit Verbeugungen gegen Heer und Neutralität verziertes Bekenntnis zum Frieden ist verbunden mit einer Verächtlichmachung der bisherigen Friedensbewegung, die höchstens durch deren völlige Unkenntnis zu entschuldigen wäre, falls es eine Entschuldigung ist, wenn man eine Sache, die man nicht kennt, der Geringsschätzung solcher preisgibt, welche sie auch nicht kennen. Wer als solcher Thürer hörte, konnte auf die Vermutung kommen, die Pazifisten hätten ihren Kampf im wesentlichen darauf konzentriert, das Spielen der Kinder mit Bleisoldaten zu verhindern. Nicht weniger

<sup>1)</sup> Der Vortrag ist in der „Schweizerischen Lehrerzeitung“ erschienen.

blöde und unwahr als dieses Mätzchen ist die Meinung, wir Befürworter des Anschlusses an die Weltföderation wollten die Schweiz als Heizmaterial für die Lokomotive des neuen Völkerbundes benutzen. Dabei eine völlige Abwesenheit gediegener, eigener Gedanken für die Schaffung des Friedens. Solchen und ähnlichen Methoden gegenüber, den bisherigen Pazifismus und Antimilitarismus zu behandeln, ist festzustellen. Einmal: Sie beruhen meistens, wie sicher im Fall Thürer, auf völliger Unwissenheit über den bisherigen Verlauf der Friedensbewegung und dazu auf der Angst, sich durch eine Berührung damit zu compromittieren. Sodann: Es tritt bei diesen neuen Friedensadvokaten auch nicht *ein* Gedanke hervor, der in der bisherigen Bewegung nicht gründlich und energisch vertreten worden wäre, im Gegenteil: wertvolles Gedankengut wird durch Plunder ersetzt. Ich meine natürlich nicht, daß die Friedensbewegung nicht nötig hätte, sich stets neu zu besinnen und zu gestalten, Fehler abzulegen, tiefer zu gründen, neue Erkenntnis zu gewinnen, aber diese Art, ihr zu begegnen, ist nicht ein Fortschritt, sondern, wie gesagt, bloß eine Erbärmlichkeit.

Nicht weniger erbärmlich ist die Art, wie gewisse *kirchliche* und *fromme* Kreise immer wieder die Friedensbewegung verleumden, indem sie dieselbe als eine nicht an Gott und Christus orientierte Sache darstellen und namentlich den Völkerbund als Bau des Turmes von Babel lächerlich machen. Als ob die Begründer des Völkerbundes nicht an wirklicher Gottesfurcht und lebendigem Gottvertrauen diese Zionswächter ohne Zion hundertfach überboten hätten.<sup>1)</sup> Vor mir liegt eine vom Zwingli-Verlag herausgegebene „Handreichung für Religionsunterricht und Kinderlehre“, worin ein Pfarrer Hans Schädelin von Limpach die Geschichte vom Turmbau zu Babel für eine solche fromme Verleumdung der Arbeit am Völkerbund benutzt. Damit vergleiche man ein Wort *Blumhardts*, eines Mannes, der doch wohl etwas mehr vom Schaffen mit Gott und ohne Gott verstand, bei Anlaß der vom russischen Zaren (auf das Drängen des tief frommen Herbert Stead) einberufenen ersten Friedenskonferenz im Haag gesprochen hat:

„Wir können doch in unserer Zeit ein wenig Mut fassen; denn wir merken doch, daß der Sinn Jesu Christi über die Völker geht in gegenwärtiger Zeit. Es ist ein Jesus-Regiment da zur Ehre Gottes. Und ich bitte Euch: Spottet nicht! Wie viele Leute werden beten, wenn im Januar der Friedenskongreß zusammenentreten soll? Ich sage es euch: Ich bin sehr verwundert von unseren christlichen Zeitungen, die nichts als Spott haben über das Wort des Zaren. Zu was sind wir denn Christen? „Friede“ ist gesagt und Friede kommt bloß von Gott, du Mensch aber mußt dafür beten, und wenn du nicht dafür betest, so bist du ein Satan! Spottet nur — ihr spottet über den Heiland! Darum tut Buße und glaubt an das Evangelium! Gott gebe, daß wir es tun dürfen und daß wir mit feinem und zartem Sinn die heutige Zeit betrachten und die Zeichen der Zeit merken.“

<sup>1)</sup> Man vergleiche bloß die in diesem Hefte Seite 569 abgedruckte Aeußerung Roosevelts.

Daß sich unter uns aber ein neuer radikaler Pazifismus erhebt, beweist u. a. ein Auffaßt des Professors für Philologie in Lausanne, André *Bonnard*, in „La Suisse contemporaine“ (Nr. 9), der die Ersatzung des Heeres durch einen Zivildienst verlangt. Es tagt dennoch!

\* \* \*

Im übrigen ist es der Kampf um die *soziale Umgestaltung*, welcher ein weiteres wesentliches Thema der heutigen Schweiz bleibt. Auf sie hat neben den Streikbewegungen die Debatte über die Wirtschaftsartikel, von denen wir im letzten Hefte berichtet haben, ein deutliches Licht geworfen. An dieser Debatte wurde eins klar: Es fehlt uns an einer Bewegung und Organisation, welche energisch ein Programm der sozialen Umgestaltung der Schweiz verträge, so wie es nun besonders in England und Frankreich vorgeschlagen und in der Verwirklichung begriffen, aber auch in dem sozialdemokratischen Programm für eine „Neue Schweiz“ enthalten ist. Die Schuld an diesem Sachverhalt liegt offenbar in der Spaltung der sozialistischen „Linken“ in zwei Hauptrichtungen, die Sozialdemokratie und die Partei der Arbeit, wozu dann noch deren Trennung von einer nicht kleinen, äußerlich zum Bürgertum gehörigen Schicht kommt, welche für einen echten, lebendigen Sozialismus zu haben wäre. Es ist doch eine arge Sache, daß eine dieser Parteien sich freut, wenn es in Genf zu einer Niederlage (oder besser: zu einem Nicht-Sieg) der Linken kommt, bloß weil das eine Niederlage (oder ein Nicht-Sieg) der andern Partei ist. Dieser Zustand muß überwunden werden. Es wird bei uns zu einer ähnlichen Zusammenfassung kommen müssen, wie sie die neue Volksfront in Frankreich oder noch verheißungsvoller die Arbeiterpartei in England bildet. Eine Zeitlang glaubte wohl der Kommunismus für sich allein die Volksmehrheit gewinnen, dann, auf Grund gewisser Wahlsiege, die Sozialdemokratie (als „demokratischer Sozialismus“) allein das Feld behaupten zu können, aber nun zeigt die allgemeine Entwicklung deutlich, daß nur eine Vereinigung dieser beiden Hauptströme den Sozialismus in die Zukunft und zum Siege tragen wird. Wozu freilich noch einiges andere nötig ist!“<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Der letzte Parteitag der „Partei der Arbeit“, der kürzlich in Bern stattfand, hat einstimmig folgende Resolution angenommen:

1. Die Partei der Arbeit tritt für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei ein, welche alle Anhänger des Sozialismus in ihren Reihen vereinigt. Durch die Fusion der Sozialdemokratischen Partei mit der Partei der Arbeit kann rasch die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung verwirklicht werden. Eine einheitliche und große Arbeiterpartei könnte auf die Politik unseres Landes maßgebenden Einfluß nehmen und mit Erfolg die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes wahren.
2. Zur Förderung der Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung ermächtigt der Parteitag den Parteivorstand der Partei der Arbeit der Schweiz, mit der

Zu der Abstimmung über den *Familenschutz*, die zur Zeit des Erscheinens dieses Heftes stattfindet, sei nur dies bemerkt: Mir ist persönlich daran dreierlei zuwider: einmal, daß die Initiative dafür einen Teil der sog. katholischen Aktion gebildet hat, die wesentlich auf eine Stärkung der *Macht* der katholischen Kirche aus ist, sodann daß sie eine oberflächliche Beurteilung des Problems der Familie fördert, und endlich, daß sie imstande ist, die Einsicht in die Notwendigkeit der Altersversicherung wie der Lohnerhöhungen abzuschwächen. Da nun aber das von der Initiative wesentlich abweichende Gesetz vorhanden ist, mit allerlei guten Bestandteilen: Kinderzulagen, Mutterfestsversicherung, Maßregeln für die Verbesserung der Wohnverhältnisse, so wird es richtig sein, dafür zu stimmen, da eine Verwerfung übler Folgen haben könnte als die Annahme.

Zu einer politisch-sozialen Umgestaltung unseres Volkes gehört auch notwendig die Einordnung der *Frau* als eines gleichberechtigten Elementes in das ganze Leben des Volkes, auch das politische. Auch das beginnt man endlich ein wenig zu begreifen.<sup>1)</sup> Aber nun beginnt jenes schon das letzte Mal erörterte Manöver, daß man diese Entwicklung zu lähmen versucht, indem man der Frau einige untergeordnete Rechte einräumen will, um sie von den übergeordneten abzuhalten. Ich habe die Frauen das letzte Mal, und auch schon früher, davor gewarnt, sich durch diesen Köder angeln zu lassen. Aber man muß sie auch davor warnen, sich ihr Recht durch ein Wohlverhalten in den Augen unserer Mächtigen oder gar durch unwahre Huldigungen zu erkaufen. Eine solche ist es, wenn der Bund schweizerischer Frauenvereine auf seiner Tagung in Bern dem Bundesrat den „Dank der Schweizer Frauen für feine feste (!), zielbewußte (!) Haltung“ auspricht, „durch die unser Land unverfehrt hervorging aus den Erschütterungen der letzten

---

Sozialdemokratischen Partei in Verhandlungen einzutreten, falls sie erklärt, daß sie ebenfalls die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung erstrebt und durch die Verschmelzung der beiden Parteien eine einheitliche und große sozialistische Arbeiterpartei zu schaffen bereit ist, welche allen ihren Mitgliedern gleiche Rechte gewährt und die innerparteiliche Demokratie verbürgt. In diesem Zusammenhang verweist der Parteitag auf die erfreuliche Entwicklung der Partei der Arbeit der Schweiz, insbesondere der kantonalen Parteien von Zürich, Genf, der Waadt, von Basell, Bern, Luzern und des Tessin. Er beglückwünscht die erwähnten kantonalen Parteien zu ihren bisherigen Erfolgen. Diese Entwicklung der Partei der Arbeit hat wesentlich zur Verstärkung des politischen Einflusses der sozialistischen Arbeiterbewegung beigetragen. Der Parteitag fordert die übrigen kantonalen Parteien auf, durch eine Politik energischer Wahrung der Interessen des arbeitenden Volkes und durch eine intensive Mitgliederwerbung mit der allgemeinen Entwicklung der Partei Schritt zu halten. Die weitere Entwicklung der Partei der Arbeit zu einer wirklichen Massenpartei des arbeitenden Volkes ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Förderung und Beschleunigung der Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung unseres Landes.

<sup>1)</sup> Auch die katholische Kirche gibt offiziell ihren Widerstand dagegen auf.

Jahre“ (Vide 1940!). Durch solche Akte gewinnen die Frauen ihre Gegner nicht, wohl aber laufen sie Gefahr, damit ihre Freunde zu verlieren.

\* \* \*

Noch tiefer aus der sozialen in die geistige Sphäre führt uns eine letzte Bemerkung. Wenn ich mich nicht täusche — ich möchte mich aber gern täuschen — nimmt bei uns die Pest des *Antisemitismus* zu. Es ist, wie wenn eine Krankheit, die im eigentlichen Seuchenherd fast erloschen ist, auf einmal in einem neuen Bezirke auftritt und sich ausbreitet. Besonders scheint, wie ich schon früher einmal bemerkt habe, ein gewisser *Katholizismus* von diesem Pestbazillus infiziert zu sein.<sup>1)</sup> So erklärt neuerdings (ich zitiere nach dem „*Israelitischen Wochenblatt*“) ein Pfarrer Robert Mäder im *Wochenblatt*: „Das Neue Volk“ am Schluß einer Erörterung der Unsterblichkeit der Seele, deren Leugnung er den Juden vorwirft:

„Mensch oder Tier — Christ oder Jude, das ist die Frage. Wir entscheiden uns für den Menschen gegen das Tier, für den Christen gegen den Juden.“

Daß man so etwas, nach dem Untergang des Hitlertums, in einem schweizerischen Blatte lesen muß, ist schlechterdings unerhört. Der Katholizismus wird sich sehr verrechnen, wenn er im Dienste der Reaktion aus dem Judenhaß Gewinn zu ziehen erwartet. Diese Pest könnte sich leicht, wie sie in Deutschland und Oesterreich getan hat, verheerend gegen ihn selber wenden. Aber wir werden uns sobald als möglich auch mit einer um einen Grad feineren Form des Antisemitismus (oder eigentlich Antijudaismus) auf *protestantischem* Boden beschäftigen, wo sie ebenfalls, bewußt oder unbewußt, der Reaktion dient. Sie kann sich dort auf Luther berufen, aber nicht auf Zwingli und Calvin. Was aber die Schweiz als Schweiz betrifft, so hätte es wenig Sinn, immer wieder von der „Säuberung“, das heißt der Entfernung der nationalsozialistischen Deutschen aus der Schweiz zu reden und das Hauptstück des Hitlertums bei uns zu pflegen, wenn nicht gar neu einzuführen. Caveant consules!

## Die Geschichte der Sache Christi<sup>2)</sup>

Da ich keinem Freund zumuten darf, in der Eile ein neues Buch von mir zu besprechen, das für Weihnachten wieder etwas spät erscheint, so greife ich abermals zu dem Mittel einer vorläufigen Selbstanzeige, in der Hoffnung, daß dann in nicht zu ferner Zeit eine wirkliche Besprechung aus einer andern Feder folgen werde.

<sup>1)</sup> Es zeigt sich das auch anderwärts, vor allem in den Vereinigten Staaten, in Nordafrika und Aegypten, aber auch in Polen, der Slowakei und Ungarn.

<sup>2)</sup> Leonhard Ragaz: „Die Geschichte der Sache Christi — ein Versuch.“ Verlag Herbert Lang, Bern.